

# Reaktion auf Rechtsrutsch und Blockbildung

Beitrag für die Rote Revue, 1/2004

Erste Vorbemerkung. Das Wahlergebnis vom 19. Oktober 2003 bedarf der korrekten Interpretation. Griffige Formeln wie «Rechtsrutsch im Parlament» und «Blockbildung im Bundesrat» liegen zwar auf der Hand, aber sie reichen nicht aus, um das zu beschreiben, was die Parlaments- und Exekutivwahlen effektiv zeitigten. In beiden Kammern des Parlaments wurden die Gewichte nicht nach rechts verschoben, sondern nach links: Im Nationalrat macht die Differenz an Sitzen gegenüber vorher zwölf aus, zugunsten des rot-grünen Lagers, im Ständerat sechs Sitze. Das ist - gemessen an einigen sehr knappen Entscheidungen während der letzten Legislatur - nicht unbedeutend. Nach rechts gerutscht ist der Schwerpunkt allerdings im bürgerlichen Lager durch die markanten Sitzverschiebungen von FDP und CVP zur SVP und durch personelle Wechsel (neoliberale statt linksliberale Persönlichkeiten). Den politischen Wert der rot-grünen Sitzgewinne wird es in den kommenden Monaten und Jahren zu erkunden gelten. Immerhin lässt sich festhalten, dass es jenseits des Rechtsblocks in beiden Räten eine numerische Mehrheit gibt.

Zweite Vorbemerkung: Der 19. Oktober und der 10. Dezember 2003 markieren nicht den Beginn eines innerbürgerlichen Rechtsrutsches, sondern sind dessen Ergebnis. Der Abstimmungskalender des Jahres 2004 zeigt das auf einen Blick: Den Rentenabbau (11. AHV-Revision), die Steuergeschenke an ohnehin Privilegierte (Steuerpaket) und den radikalen Wechsel in der Verkehrspolitik (Avanti) hat die bürgerliche Parlamentsmehrheit vor dem 19. Oktober beschlossen, nicht nachher. Der Rechtstrend machte sich in den letzten zwei bis drei Jahren immer stärker bemerkbar, als FDP und CVP unter dem Eindruck schwerer Niederlagen bei kantonalen Wahlen zunehmend der Magnetwirkung der SVP erlagen. Wir haben es also nicht mit einer momentanen Stimmung zu tun, nicht mit elektoralem Oberflächengekräusel, sondern mit einer viel tiefer gehenden Umschichtung im bürgerlichen Lager unter nationalkonservativen und neoliberalen Vorzeichen. Anders als nach früheren Wahlniederlagen (FDP und CVP verlieren seit 20 Jahren Wähleranteile), zeigen diese beiden Parteien jetzt Reaktion. Die angekündigten personellen und programmatischen Veränderungen werden zeigen, wohin die Reise geht. Unbeantwortet ist im Moment vor allem die für die SP zentrale Frage, ob es noch so etwas wie eine politische Mitte geben wird, eine politische Formation also, die auch nach links bündnisfähig ist.

Für die parlamentarische Arbeit der SP wird in erster Linie die Positionierung der CVP von Interesse und Bedeutung sein, elektoral dagegen ist es mehr der Rechtsrutsch der FDP. Sie ist wie die SP in den Städten und Agglomerationen eine relativ starke Partei. Hier leben urbane, also gesellschaftsliberale und weltoffene Bevölkerungsgruppen, die bisher freisinnig wählten, weil sie die FDP als gesellschaftsliberale und weltoffene Partei wahrnahmen. Der Kniefall vor der SVP hat sie stark irritiert, eine dauerhafte programmatische Annäherung werden sie nicht mitmachen wollen, weil sie eben eine Abkehr von Weltoffenheit und Liberalität bedeutet. Diese Schichten werden sich politisch neu orientieren, und da tut sich ohne Zweifel für die SP eine Chance auf, denn sie ist ja ihrerseits primär eine Stadt- und Agglomerationspartei.

Worauf müssen wir uns einrichten? Wir müssen uns auf eine bürgerliche Rechte einrichten, die es ernst meint. Wir haben es mit einem von der SVP geführten homogenen Block zu tun, der nicht auf seinen Lorbeeren ausruht, sondern seine neoliberale Vision durchsetzen will. Blocher + Co. haben die Schweiz zum Sanierungsfall erklärt, aber nicht, weil sie sie faktisch am Abgrund sehen, sondern politisch. Die Schweiz ist ihnen zu sozialdemokratisch. «Mehr

Freiheit, weniger Staat» - das ist seit 20 Jahren das neoliberale Programm, vom Freisinn geboren und verlassen, von der Autopartei übernommen und dann von der «neuen» SVP zur Blüte gebracht. Umgesetzt wird dieses Programm durch eine Politik der leeren Staatskassen, den damit verbundenen Leistungsabbau des Staates, Einschnitten in die sozialen Netze, Privatisierungen im Bereich des Service Public und ökologischem Rückbau (Verzicht auf CO<sub>2</sub>-Abgabe, Aufhebung des Verbandsbeschwerderechts). Diese Politik ist in den eidgenössischen Räten mehrheitsfähig, weil sie von einem erheblichen Teil der CVP mitgetragen wird. Daraus folgt, dass die SP die neoliberale Entstaatlichungspolitik nicht im Parlament verhindern kann. Umso wichtiger werden die Volksabstimmungen. Schon in diesem Jahr und in doppelter Hinsicht.

Zum einen um der Sachen selbst willen. Es gehört zu den Aufgaben der Sozialdemokratie, ihre eigenen historischen Errungenschaften zu verteidigen. Das ist in erster Linie der Sozialstaat; es ist aber auch der Service Public. Darum sind die Abstimmungen vom kommenden Mai über die 11. AHV-Revision und das Steuerpaket von fundamentaler Bedeutung. Das sind die zwei neoliberalen Vorhutprojekte. Wenn die Rechte damit Erfolg hat, wird sie sich ermuntert fühlen, und mit dem Hinweis auf den «offenkundigen Volkswillen» erst recht Gas geben (das zweite Steuerpaket und das zweite Abbauprogramm sind schon in der Pipeline). Es gilt aber auch das Umgekehrte: Wenn die SP und ihre Verbündeten gewinnen, dann haben sie zum einen den ersten Rentenabbau in der Geschichte der AHV verhindert und eine extrem unsoziale Steuerpolitik gestoppt. Dann haben sie zum anderen aber auch ihre Referendumsfähigkeit bewiesen, genauer - ihre Fähigkeit, Referenden zu gewinnen. Da liegt denn auch die tiefere Bedeutung des Abstimmungsjahres 2004. Wenn die SP daraus als eine Partei hervorgeht, von der der Rechtsblock jederzeit erwarten muss, dass sie ihn an der Urne stoppt, dann hat sie ihre exekutive und parlamentarische Position gestärkt, dann müssen in Zukunft ihre Referendumsdrohungen ernst genommen werden. Nur mit dieser politischen Waffe in den Händen wird es unter den gegebenen Kräfteverhältnissen möglich sein, im Parlament Kompromisse zu erarbeiten, die auch für die Linke tragbar sind.

Die eigentliche «Raison d'être» der SP ist aber nicht die Defensive, so wichtig, teilweise dominant diese in Zeiten bürgerlicher Abbaupläne auch wird. Die wahre historische Rolle der SP ist in der Offensive. Sie war eine innovative Reformpartei, sie ist eine innovative Reformpartei und sie muss eine innovative Reformpartei bleiben. Wir wollen die Gesellschaft verändern. Wir wollen sie verbessern. Wir wollen sie sozialer, offener und ökologischer. Wir wollen nicht Stillstand, sondern Vorwärtsbewegung, Fortschritte. Selbstkritisch müssen wir uns aber eingestehen, dass wir diese Rolle in den letzten Jahren etwas vernachlässigt haben und dass es zu unseren zentralen Aufgaben gehören wird, das Innovationspotenzial der SP zu beleben, zu bündeln und ihren Auftritt in der Öffentlichkeit wieder stärker mit konkreten strategischen Reformprojekten zu verknüpfen.

Die Frage der Regierungsbeteiligung ist natürlich mit grosser Ernsthaftigkeit anzugehen, aber sie steht für mich im Moment in der Bedeutungsskala erst an dritter Stelle hinter der Referendumsfähigkeit und der Stärkung der Innovationskraft. Die relative Bedeutung der Frage, ob die SP in die Opposition gehen sollte, ergibt sich allein schon aus dem politischen System der Schweiz. Wir kennen die saubere Trennung in Regierung und Opposition gar nicht. Bei uns ist eine grosse Partei immer beides, wenn auch in unterschiedlichem Mass. Die Regierungsbeteiligung steht einer dezidierten Oppositionspolitik also nicht prinzipiell, sondern höchstens graduell im Weg.

Die zwei Sitze im Bundesrat sind zwei Machtpositionen, um die die Sozialdemokratie jahrzehntelang gekämpft hat. Um exekutive Positionen in möglichst grosser Zahl bemüht sie

sich auch immer und überall auf kantonaler und kommunaler Ebene. Und wenn die SP irgendwo aus der Regierung abgewählt wird, dann versucht sie umgehend, diesen Zustand so schnell wie möglich wieder zu beenden. Der Grund dafür ist einfach: Regierungsämter sind die wichtigsten politischen Machtpositionen, sie beinhalten mehr Gestaltungsmöglichkeiten als jede andere Funktion, und ihre Inhaberinnen und Inhaber sind die wichtigsten Aushängeschilder für eine Partei. Ruth Dreifuss zum Beispiel wurde von der bürgerlichen Presse als erfolgreichste Sozialministerin Europas in den 90er Jahren bezeichnet, weil sie sich als Departementschefin mit grossem Geschick allen Abbauplänen der bürgerlichen Mehrheit zu widersetzen verstand. Wie hätte besser dokumentiert werden können, dass die SP das soziale Gewissen der Schweiz ist?

Machtpositionen gibt eine Partei, die etwas bewegen will in der Gesellschaft, nicht leichtfertig auf, die versucht sie im Gegenteil zu verteidigen und auszubauen. Auf Machtpositionen verzichtet eine Partei nur, wenn aus ihnen offenkundig Ohnmachtspositionen geworden sind, wenn die exekutive Gestaltungsautonomie vom Kollegium beseitigt wird und wenn aus Aushängeschildern Feigenblätter geworden sind. Das aber ist derzeit gewiss nicht der Fall. Die Bundesratsmitglieder und die Partei werden in den kommenden Monaten eine Praxis entwickeln müssen, die den neuen Gegebenheiten Rechnung trägt. Dabei ist der Anspruch der Partei klar: Sie will unsere Bundesratsmitglieder als Regierende wahrnehmen, die ihre Machtposition und ihre Gestaltungsautonomie im Sinne unserer politischen Ziele einsetzen und deren bundesrätliches Renommée der Sozialdemokratie nützlich ist durch die positive Resonanz, die sie in der Öffentlichkeit erzeugen.